

Absurde Konkurrenz

Zu Lust und Risiken des Kapitalverkehrs

Lucas Zeise

Die Konkurrenz der Kapitalisten um die höchste Profitrate ist der Eckpfeiler des Wertgesetzes und treibt die Produktivität der Arbeit an. Den Monopolen »verdanken« wir, dass diese Konkurrenz an einigen Ecken ausgehebelt wird, ganz oft mit Hilfe des Staates. Die Staaten dieser Monopole treten ihrerseits in Konkurrenz zueinander. Um welche Ziele geht es dabei? Der Staat ist zwar kein Kapitalist oder höchstens im Nebenberuf. Dennoch sind seine Ziele ebenfalls ökonomischer Natur, auch wenn er Krieg dafür führt. Solche spezifischen Ziele können Absatzmärkte oder Rohstoffquellen für die heimischen Monopole sein. Eher unspektakulär findet der Wettbewerb um den günstigsten Schuldnerstatus statt. Er tritt dann in den Vordergrund, wenn zum Beispiel Argentinien oder Griechenland kein Geld mehr zur Bedienung ihrer Verbindlichkeiten auftreiben können, während es Japan, USA und Deutschland nachgeworfen wird. Allgemein gesprochen konkurrieren die imperialistischen Staaten darum, »ihren« Monopolen die höchsten Profitraten ermöglichen zu können.

Im Innern dieser imperialistischen Staaten war Konkurrenz zwischen den Ländern eines Bundesstaates, oder die zwischen Gemeinden, Krankenkassen, Behörden, Jobcentern und den Universitäten des Landes bis vor kurzem eher die Ausnahme. Die beste Universität oder die am besten geführte Ersatzkasse zu sein, war höchstens eine Frage des Prestiges. Das ist erst in diesen Zeiten des neoliberalisierten Monopolkapitalismus verändert worden. Krankenkassen sollten der neufreiheitlichen Unsinnstheorie zufolge effizienter werden, wenn sie um Mitglieder konkurrieren. Landesregierungen sollten insgesamt besser regieren, wenn die reicheren im Länderfinanzausgleich weniger an die ärmeren abgeben. Dass das nicht einmal die Regierenden der wohlhabenden Länder Bayern, Hessen und Baden-Württemberg glauben, erkennt man an dem Deal, den sie vor ein paar Wochen mit Finanzminister Wolfgang Schäuble abgeschlossen haben. Sie erhielten 9,5 Milliarden Euro mehr vom Bund und stimmten dafür einerr skandalösen, für private Finanzkonzerne offenen Bundesfernstraßengesellschaft zu.

Steuerwettbewerb zwischen öffentlichen Körperschaften im Innern eines imperialistischen Staates trägt nichts zur Effizienz der Verwaltung bei. Er schadet vielmehr. Ein älteres Beispiel in der BRD ist die Gewerbesteuer, deren Höhe die Gemeinden eigenständig festlegen können und die die bei weitem wichtigste Gemeindesteuer darstellt. Unternehmen drängen in Gemeinden mit niedrigen Hebesätzen, was diese Kommunen reich werden lässt und sie in die Lage versetzt, die Steuer bis auf das gesetzliche Minimum zu verringern. Monheim, ein kleiner Ort zwischen Köln und Düsseldorf hat sich zu einer Steueroase mit zahlreichen Briefkastenfirmen entwickelt, ähnlich wie Panama, Liechtenstein, Luxemburg, Delaware oder Irland. Kurzfristig senkt der Steuerwettbewerb die Kosten für das Kapital. Auf Dauer dürfte er den Verwertungsbedingungen eher schaden.

<http://www.jungewelt.de/2016/11-12/041.php>